



HESSISCHER LANDTAG

16. 04. 2013

Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Herausforderungen am hessischen Wohnungsmarkt anpacken - Versorgung mit Wohnraum sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass sich die derzeitige Wohnraumversorgung sowie die zukünftige Entwicklung des Wohnungsmarktes in Hessen regional sehr unterschiedlich darstellen. Gerade im Rhein-Main-Gebiet ist bezahlbarer und bedarfsgerechter Wohnraum für junge Familien, Alleinerziehende mit Kindern, Studenten oder sozial schwächer gestellte Personengruppen knapp. Zudem stellen der demografische Wandel und die Notwendigkeit der energetischen Gebäudesanierung neue Anforderungen an die Wohnraumförderung insgesamt. Hier ist eine aktive und passgenaue Wohnungs- und Städtebaupolitik durch das Land gefordert.
2. Der Landtag begrüßt vor diesem Hintergrund die Bestellung eines Beauftragten der Landesregierung für das Wohnungswesen, die Auflage eines Sonderprogrammes "Wohnungsbau" und die damit verbundenen zusätzlichen Fördermittel von insgesamt 150 Mio. € in der kommenden Legislaturperiode sowie die Bindung der Kompensationsmittel des Bundes für den Wohnungsbau in Höhe von weiteren 150 Mio. €. Das kürzlich verabschiedete Gesetz über die Förderung von sozialem Wohnraum in Hessen vom 13. Dezember 2012 (GVBl. S. 600) bildet hierfür eine hervorragende Grundlage.
3. Der Landtag bewertet das Sonderprogramm "Wohnungsbau" dabei als geeigneten Ansatz, Wohnungsbauförderung nicht isoliert und in Einzelmaßnahmen, sondern als Teil einer vernetzten Infrastruktur zu betreiben. Das Programm umfasst u.a.:
 - Die Schaffung von 1.000 zusätzlichen sowie die Modernisierung von weiteren 2.000 Sozialwohnungen in Hessen;
 - die Umwidmung von Büro- und anderen gewerblichen Flächen;
 - den Ankauf von Belegungsrechten im Wohnungsbestand;
 - die Stärkung von Wohnungsbaugenossenschaften;
 - die Verkürzung von Planungsverfahren;
 - die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum für 2.000 Studenten;
 - die Förderung von 1.000 zusätzlichen Möglichkeiten für den Erwerb von Wohnungseigentum;
 - die Verknüpfung der bestehenden Möglichkeit des Rückbaus, vor allem in Ortsrandlagen, mit der Schaffung insbesondere von altersgerechtem barrierearmem Wohnraum in Kernbereichen.
4. Mit der Bestellung eines Beauftragten der Landesregierung für das Wohnungswesen bietet sich in diesem Zusammenhang aus Sicht des Landtages die Möglichkeit, diese vielfältigen und zusätzlichen Aktivitäten zu bündeln und zu koordinieren. Er ist direkter Ansprechpartner für die Wohnungswirtschaft, die Kommunen und andere Beteiligte. So können zügig Wohnungsbaupotenziale gehoben und Projekte beschleunigt werden.

5. Der Landtag bittet die Landesregierung, die Umsetzung dieser Maßnahmen zügig anzugehen und dem Landtag Ende des Jahres einen ersten Zwischenbericht hierzu zu erstatten. Nur durch gemeinsame Aktivitäten einer Vielzahl von Beteiligten - privater Investoren, Wohnungsbaugesellschaften, Kommunen sowie Aufsichts- und Planungsbehörden - wird es nach seiner Auffassung gelingen, mehr Investitionen auf dem Wohnungsmarkt auszulösen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 16. April 2013

Für die Fraktion der CDU
Der Parl. Geschäftsführer:
Bellino

Für die Fraktion der FDP
Der Parl. Geschäftsführer:
Dr. Blechschmidt